

NIKIŠKIN, Konstantin:

Repression auf dem Verwaltungswege: Probleme der Rehabilitierung Deutscher, in: MÜLLER, Klaus-Dieter; NIKISCHKIN, Konstantin; WAGENLEHNER, Günther (Hg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941-1956. 1998. Seiten 413-416.

Nikiškin Konstantin ist Oberst, Dr., Direktor des Zentrums für die Rehabilitierung der Opfer politischer Repression und Archiv-Informationen im Haupt-Informationszentrum des Innenministeriums der Russischen Föderation, Moskau.



Auszug durch Richard Dähler, 2004.

www.eu-ro-ni.ch/publications/Nikiskin_Konstantin_Repression.pdf

www.eu-ro-ni.ch

Nach dem Gesetz der Russischen Föderation "Über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen" vom 18. Oktober 1991 wurde die Durchführung der Rehabilitierung von Bürgern, die aus politischen Gründen Repressionen erleiden mußten, den Behörden des Innenministeriums übertragen.

Zur Umsetzung dieses lange vorbereiteten Gesetzes faßte die Leitung des russischen Innenministeriums bereits im März 1991 den Beschluß, innerhalb der; Informationszentren (IZ) des Innenministeriums auf verschiedenen Ebenen in der Russischen Föderation Abteilungen für die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen und im Hauptinformationszentrum des Innenministeriums (GIZ) ein weiteres Zentrum für die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen sowie für Archivinformationen zu bilden.

Die Behörden des Innenministeriums wurden durch das Rehabilitierungsgesetz damit beauftragt, Rehabilitierungsanträge von Einzelbürgern und gesellschaftlichen Organisationen zu prüfen und zu bearbeiten. Die Rehabilitierung betrifft dabei Personen, die aus politischen Motiven heraus auf dem Verwaltungswege mit Verbannung in einen bzw. aus einem bestimmten Ort oder mit Einweisung in eine Sondersiedlung bestraft wurden: sogenannte Kulaken, Vertreter repressierter Völker, "Trudarmija"-Angehörige, "Wlassow- Leu-

te", Familienangehörige von Vaterlandsverrätern, Kinder, die gemeinsam mit ihren Eltern aus einem bzw. in einen bestimmten Ort verbannt oder die in eine Sondersiedlung eingewiesen wurden. Außerdem stellen die Behörden für innere Angelegenheiten Archivbescheinigungen über die Zeiträume aus, die ein Bürger in Verbannung oder in einer Sondersiedlung verbracht hat. Auf Antrag interessierter Personen und Anfragen gesellschaftlicher Organisationen führen die Rehabilitierungsabteilungen Recherchen durch, um Dokumente ausfindig zu machen, die belegen, daß jemand politisch repressiert wurde; sie erstellen Gutachten und erteilen Rehabilitierungsbescheide sowie Bescheinigungen über die Einstufung als Opfer politischer Repressionen.

Im Zeitraum von 1991 bis 1997 gingen bei den Informationszentren von MWD, GUWD und UWD Rußlands 2 600 000 Anträge und Anfragen ein. Nach ihrer Prüfung wurden 1 068 000 Rehabilitierungsbescheide und 286 000 Bescheinigungen für Opfer politischer Repressionen ausgehändigt, darunter an Rußlanddeutsche 356 000 Rehabilitierungsbescheide und 87 000 Bescheinigungen für Opfer politischer Repressionen.

Eine gewisse Schwierigkeit bei der Prüfung der Rehabilitierungsanträge sowie bei der Bestätigung, daß jemand in eine Sondersiedlung eingewiesen worden, stellt die Recherche nach den entsprechenden Archivalien dar, da sie den Mitarbeitern der zuständigen Behörden viel Zeit abverlangt. Dies liegt daran, daß es für die unterschiedlichen Ministerien und Behörden, bei denen um die Schi Dokumente über die Repressionen zu finden sind (Staatsarchive, Archive des Föderalen Sicherheitsdienstes, Gerichtsarchive u. a.) keinen einheitlichen wissenschaftlichen Auskunftssystem gibt, der nachweisen könnte, an welchen Stellen sich die jeweiligen Dokumente befinden. Ein Großteil der Dokumente, des MWD die sich auf die Repressionen bezogen, wurde in den fünfziger Jahren vernichtet. Andere Dokumente werden in Staatsarchiven und Rechtspflegeorganen der einzelnen Republiken der GUS und des Baltikums aufbewahrt. Daher nimmt die Recherche viel Zeit in Anspruch, oft mehrere Monate.

Außerdem stellten die Behörden im genannten Zeitraum zahlreiche Bescheinigungen über Beschlagnahme, Einziehung oder Einbüßung von Vermögenswerten bzw. anderweitige materielle Schäden im Zusammenhang: mit politischen Repressionen aus. Sie leisteten umfangreiche Arbeit bei der Überprüfung der Bescheide, die in den ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR Aufbewahrung über die Rehabilitierung von Personen ausgestellt wurden, welche auf Verwaltungswege politisch repressiert worden waren. Dabei wurde geprüft, ob sie der Gesetzgebung der Russischen Föderation entsprachen. Darüber hinaus wesentlichen sind die Behörden mit der Ermittlung von Schicksalen repressierter Personen sowie der Todeszeit, der Todesursache und des Begräbnisortes befaßt.

Die Rehabilitierungsabteilungen bei den Informationszentren von MWD, GUWD und UWD wurden auf der Basis einzelner Archivverwaltungen gebildet, da im Sektor Sonderbestände die Personalakten der in Sondersiedlungen Eingewiesenen, Dokumente über die Durchführung politischer Massenrepressionen, Materialien über die Beschlagnahme von Vermögenswerten usw. zu finden sind. Von den 13 800 000 Akten, die den Zeitraum 1917 bis 1995 betreffen und als Sonderbestände archiviert wurden, haben bis zu 20 Prozent Ermittlung in irgend einer Weise mit den politischen Repressionen der dreissiger bis fünfziger Jahre zu tun. Die einzelnen Archiverwaltungen erstellten von 1991 bis 1996 etwa 700 000 Archivbescheinigungen und Auszüge aus Dokumenten, die belegen, wie lange der jeweilige repressierte Bürger unter der Aufsicht von Organen des Innenministeriums stand oder welche ihm gehörenden Vermögenswerte eingezogen wurden.

Das Innenministerium und seine nachgeordneten Behörden arbeiten eng mit den Staatsarchiven, den Archivdiensten anderer Ministerien und Behörden, den bei den örtlichen Verwaltungen angesiedelten Kommissionen zur Wiederherstellung der Rechte von Opfern politischer Repressionen, der Staatsanwaltschaft, den Sozialbehörden und den Gerichten zusammen. Bemühungen, bestimmte Archivmaterialien aufzufinden und das Schicksal von unrechtmässig Repressierten zu ermitteln, gibt es auf Anfragen der Kommission für Kriegsgefangene, Internierte und Vermisste, die dem Präsidenten der Russischen Föderation untersteht, bereits mehrere Jahre lang.

Im Zusammenhang mit den beim russischen Innenministerium eingehenden Anfragen der Legislative und Exekutive, gesellschaftlichen Organisationen und Medien unternahm das Hauptinformationszentrum des MWD und die Informationszentren von MWD, GUWD und UWD in letzter Zeit sehr viel, um die Schicksale des schwedischen Diplomaten Wallenberg, der Schriftsteller S. Esenin, O. Mandelstam und anderer zu ermitteln.

Gemeinsam mit der Militäroberstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation beteiligt sich das Hauptinformationszentrum des MWD an der Suche nach Archivadokumenten, die für die Klärung von Fragen zur Rehabilitierung ehemaliger Kriegsgefangener des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten, die grundlos strafrechtlich verurteilt wurden, erforderlich sind. Die Schwierigkeiten bei der Ermittlung der jeweiligen Stellen, an denen die Strafakten oder andere Materialien lagern, ergeben sich daraus, daß die archivierten Strafakten der deutschen Kriegsgefangenen im Archiv des russischen Innenministeriums, im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes und im Archiv des Obersten Gerichts abgelegt sind. Aber es existiert in Rußland keine einheitliche zentralisierte Registratur über die Aufbewahrungsorte der archivierten Strafakten. Auskunft über die Archive können nur die jeweiligen Behörden geben.

Die Archivalien der GUPVI des NKWD/MWD der UdSSR befinden sich im wesentlichen im Zentrum zur Aufbewahrung historischer Dokumentensammlungen des Staatlichen Archivdienstes der Russischen Föderation (dem ehemaligen Sonderarchiv beim Ministerrat der UdSSR). Außerdem gibt es einzelne Dokumente dieser Kategorie auch in den Archivverwaltungen des Innenministeriums. Die Personalakten der durch Urteil bzw. Entscheidung von Gerichten und außergerichtlichen Organen verurteilten deutschen Gefangenenlagern in den Informationszentren von MWD, GUWD und UWD der einzelnen Gebietskörperschaften der Russischen Föderation sowie im Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes Rußlands. Im Zusammenhang damit erfolgt die Ermittlung von Dokumenten über das Schicksal und den Begräbnisort deutscher Gefangener in der Regel aufgrund von Unterlagen des Innenministeriums, des Sicherheitsdienstes und der staatlichen Archive.

Seit 1994 besteht eine Zusammenarbeit des russischen Innenministeriums mit dem Innenministerium der Bundesrepublik und dabei speziell mit dem von Günther Wagenlehner geleiteten Institut für Archivauswertung in Bonn. In diesem Rahmen wurde eine vergleichende Analyse von Archivalien über Kriegsgefangene vorgenommen, die im Zentrum zur Aufbewahrung historischer Dokumentensammlungen des staatlichen Archivdienstes und im Zentralarchiv des MWD der Russischen Föderation lagern. Dadurch konnten zusätzlich Informationen über 2 672 verurteilte deutsche Kriegsgefangene gewonnen werden, für die im Zentrum zur Aufbewahrung historischer Dokumentensammlungen keine Angaben darüber vorlagen, daß sie repressiert worden waren.

Von besonderer Bedeutung sind die vom russischen Innenministerium durchgeführten Recherchen über das Schicksal repressierter Deutscher, die in den vierziger und fünfziger Jahren verstarben, als sie in Haftanstalten auf dem Territorium Rußlands untergebracht waren. Im Innenministerium der Russischen Föderation gibt es keine zentralisierte Registratur für die verurteilten Deutschen, die vorhandenen Auskunftsregistraturen sind nicht EDV-gestützt, so daß es nicht möglich ist, gezielt nach den Sterbe- und Begräbnisorten von deutschen Kriegsgefangenen, die in Lagern und Gefängnissen umgekommen sind, zu suchen.

Wünschenswert wäre die Schaffung einer Datenbank, basierend auf den Archivbeständen des MWD, der GUWD und der UWD der Russischen Föderation, zum Nachweis der überlieferten Unterlagen über repressierte deutsche Kriegsgefangene, ihren Sterbeort und für eine Auskunft zum Erhaltungszustand der jeweiligen Begräbnisstätte. Dies würde den notwendigen Zeitaufwand wesentlich verringern, da bei einer entsprechenden Da-

tenbasis die Notwendigkeit entfielen, Anfragen an die Archive des Innenministeriums und seiner nachgeordneten Behörden weiterzuleiten und dort umfangreiche Recherchen durchzuführen.
